

Pressemitteilung

ÖDP-Kreisverband sieht TiSA als Angriff der Multinationalen Konzerne

Kommunale Daseinsvorsorge durch TiSA massiv gefährdet

Im Windschatten um die zwischen der EU und den USA bzw. Kanada verhandelten Freihandelsabkommen TTIP und CETA, ist das derzeit zwischen der EU, USA und 21 weiteren Staaten verhandelte Dienstleistungsabkommen *Trade in Services Agreement* (TiSA) der Öffentlichkeit bislang kaum bekannt.

Wo liegen die Gefahren von geheim verhandelten Freihandelsabkommen?

Ähnlich wie CETA und TTIP, wird TiSA unter Ausschluss der Öffentlichkeit und außerhalb der WTO (World Trade Organisation) verhandelt. Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) lehnen jede Verhandlung außerhalb der WTO kategorisch ab.

Im Juli 2014 veröffentlichte die Enthüllungsplattform „Wikileaks“ einen Auszug aus dem geplanten Vertrag, welcher sich vor allem mit der Liberalisierung des Finanzsektors beschäftigt – die Folgen derartiger Liberalisierungen zeigte die Finanzkrise aus dem Jahr 2008.

Zudem zweifelt der Vertragsentwurf entschieden daran, dass den Kommunen, Ländern und dem Bund das Recht zusteht, öffentliche Dienste zu erweitern, neue Dienste anzubieten und bereits privatisierte Dienste zu rekommunalisieren.- eine Bedrohung für die sozialen und öffentlichen Dienste nicht nur in Deutschland.

Während Dienstleistungsabkommen, wie das General Agreement on Trade in Services (GATS) mit ‚Positivlisten‘ arbeiten, d.h. die Vertragsparteien legen fest, welche Dienstleistungen liberalisiert werden sollen, kommen bei TiSA ‚Negativlisten‘ zum Einsatz. Die Vertragsparteien legen somit fest, welche Dienstleistungen nicht liberalisiert werden sollen. Dies lässt großen Spielraum für Interpretationen. Dienstleistungssektoren die erst noch entstehen werden, wären mit TiSA von vorne herein liberalisiert – hier sind keine Grenzen gesetzt.

Maria Hetzel, Kreisvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), sorgt sich aufgrund der Verhandlungen um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Stadt und Landkreis Ansbach. „Unsere öffentlichen Krankenhäuser, Schulen, Kultureinrichtungen, Ver- und Entsorgungsbetriebe würden durch das Abkommen unter weiteren Privatisierungsdruck gesetzt. Gleichzeitig könnten internationale Konzerne in die öffentliche Daseinsvorsorge eindringen.“

Deshalb bittet die ÖDP-Politikerin die Bürgerinnen und Bürger eindringlich darum, die Petition des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner an den deutschen Bundestag unter www.stoppt-tisa.de zu unterstützen.